

## Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages:

# SPÖ richtet an Vizekanzler Heinz Christian Strache eine parlamentarische Anfrage



Franz Poimer

SPÖ-Nationalratsabgeordnete haben an Vizekanzler Strache, der für den öffentlichen Dienst als Bundesminister zuständig ist, eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet. Darin werden die Abschaffung bzw. Erleichterungen beim Pensionssicherungsbeitrag (PSB) gefordert. Diese parlamentarische Anfrage geht auf eine neuerliche Initiative von GPF-Bundespensionisten-Vorsitzenden Ditmar Fürst zurück.



Besonders interessant wird die Antwort des Vizekanzlers vor allem deshalb, weil der FPÖ-Seniorensprecher im Nationalrat die Abschaffung des PSB gefordert hat. Das war allerdings vor den Wahlen. Die von der Gewerkschaft organisierte Bürgerinitiative betreffend Abschaffung des PSB hat er jedenfalls nicht unterstützt. Unsere Initiativen haben alle ÖVP-FinanzministerInnen konsequent abgeblockt. Auch 44.000 UnterstützerInnen der parlamentarischen Petition und über 2.600 Unterschriften der Bürgerinitiative (die nach wie vor aufrecht ist) haben sie ignoriert.

## Die Anfrage

Der Vorsitzende des parlamentarischen Verfassungsausschusses, **SPÖ Abgeordneter Dr. Peter Wittmann**, hat in seiner Anfrage darauf hingewiesen, dass bereits seit 2014 zahlreiche Institutionen versucht haben, darunter auch die **Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten**, die Abschaffung dieses PSB generell oder zumindest für Pensionen bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage zu erreichen.

Aus Finanzierungsgründen wird in einem ersten Schritt vorgeschlagen, PSB nur für Beträge einzuheben, die über 1.500 Euro liegen. Bei einer Pension von beispielsweise 3.000,- Euro wäre ein PSB für nur 1.500,- Euro zu bezahlen.

## Die SPÖ- Abgeordneten haben an den Vizekanzler außerdem folgende Fragen gerichtet:

1. Haben Sie vor, den Pensionssicherungsbeitrag abzuschaffen? Wenn ja, bis wann wollen Sie die Abschaffung umsetzen?
2. Wie ist der aktuelle Verfahrensstand der Bürgerinitiative? Wird das Anliegen dieser Bürgerinitiative weiterverfolgt?
2. Gibt es in dieser Angelegenheit bereits Veranlassungen der Bundesregierung?



Über die Anfragebeantwortung des Vizekanzlers werden wir selbstverständlich berichten. Auf Wunsch wird die parlamentarische Anfrage im Volltext von unserem GPF- Sekretariat (Telefon 0664/88647914) gerne zugesandt. Sie ist auch auf unsere Homepage [www.fsgpost-ooe.at](http://www.fsgpost-ooe.at) (Pensionistenrubrik) abrufbar.